

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP: 9.2

Temporäre Aussetzung der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund

Einreicher: Fraktion AfD

Vorlage: AN 0004/2022

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrags AN 0004/2022 zur Beratung in die Ausschüsse für Finanzen und Vergabe (federführend) sowie Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben mit folgendem Wortlaut:

Die „Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Hansestadt Stralsund“ (Straßensondernutzungsgebührensatzung) wird temporär ausgesetzt.

Beschluss-Nr.: 2022-VII-01-0782

Datum: 27.01.2022

Im Auftrag

gez. Kuhn